

02.02.2017 – 16:35 Uhr

SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz zur Global Gag Rule der US-Regierung

Bern/Lausanne (ots) -

Sexuelle Rechte sind kein Spielball der Politik - die Schweiz muss ihr Engagement intensivieren

Die Global Gag Rule der neuen US-Regierung hat für die sexuelle und reproduktive Gesundheit verheerende Auswirkungen. Inzwischen haben mehrere europäische Organisationen Initiativen ergriffen, um sicherzustellen, dass die Gesundheit von Frauen und Mädchen weltweit nicht aufs Spiel gesetzt wird. Auch SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz wehrt sich gegen die desaströse US-Politik und fordert die Schweiz auf, ihre Unterstützung für die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu intensivieren.

Vergangene Woche hat der neue US-Präsident Donald Trump als eine seiner ersten Amtshandlungen die sogenannte Global Gag Rule wiedereingeführt und erweitert. Damit streicht die US-Regierung allen internationalen Organisationen, welche Informationen, Hinweise oder Dienstleistungen zum Schwangerschaftsabbruch anbieten, die finanziellen Mittel - auch wenn sie diese Angebote über separate Gelder finanzieren. Projekte aus dem Bereich Müttergesundheit, Familienplanung und Sexualaufklärung erhalten somit keine US-Gelder mehr. Für globale Anstrengungen zur Stärkung der Menschenrechte und zur weltweiten Bekämpfung von Müttersterblichkeit, ungewollten Schwangerschaften und von HIV/Aids, welche auch in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung enthalten sind, bedeutet dies ein schwerer Rückschlag.

SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz wehrt sich als Mitglied der International Planned Parenthood Federation IPPF gegen diese menschenverachtende Politik, die bewusst das Leben von Frauen aufs Spiel setzt und unterstützt das Civil Society Statement "Opposing Global Gag Rule". Mitglieder der parlamentarischen Gruppe KAIRO+, für welche SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz das Sekretariat führt, haben seit der Wiedereinführung der Global Gag Rule ein High-Level-Statement unterschrieben, das von mehr als 300 Europäischen Parlamentarier_innen und Minister_innen getragen wird. Wir fordern die Schweizer Regierung auf, dazu beizutragen, dass die Gesundheit der Menschen in Entwicklungsländern nicht aufs Spiel gesetzt wird und wirkungsvoll in sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte zu investieren.

Informationen: Die niederländische Regierung hat mit dem Aufruf She Decides eine Initiative ergriffen, um die finanziellen Ausfälle zu kompensieren. Belgien hat angekündigt, Anfang März einen Gipfel zu dem Thema abzuhalten > <https://www.shedecides.eu/>

Civil Society Statement "Opposing Global Gag Rule" <http://ots.de/oJdfW>

Kontakt:

SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz
Barbara Berger
Geschäftsleiterin
barbara.berger@sexuelle-gesundheit.ch
Tel. 079 333 72 88

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100018510/100798623> abgerufen werden.